

# Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Erste Ausgabe täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Selbstabholung monatlich 4 M., durch unsere Amtsträger zugerechnet in der Stadt monatlich 4.40 M., auf dem Lande 4.50 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 12 M., ohne Zustellungsgebühr. Alle Bestellungen und Postkassen sowie unsere Amtsträger und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Verzögerungen hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Abonnementpreis 80 Pf. für die 6-gipflige Kastenstelle oder deren Raum, Lokalpreis 70 Pf., Postkosten 2 M. Bei Abbestellung und Jahresabschluss erscheinende Preisnachlass. Bestellungen im amtlichen Teil (nur von Zeitungen) die Tageszeitung 2.50 M., Nachmittags-Beilage 50 Pf. Anzeigenpreise bis Sonntag 10 Uhr. Für die Nachtzeit der durch Journal Verwaltungen bestimmten Anzeigen wird keine Garantie. Jeder Anzeigenpreis enthält, wenn der Betrag durch Kasse eingezogen werden muß oder der Abnehmer in Anzahl zahlt.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Reichen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt, Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Rössig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 236.

Dienstag den 12. Oktober 1920.

79. Jahrgang.

## Amtlicher Teil.

Der nachstehende auszugsweise Abdruck aus Nr. 222 des Deutschen Reichsanzeigers und Preussischen Staatsanzeigers vom 1. Oktober 1920 wird hierdurch zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Dresden, am 9. Oktober 1920.

### Bekanntmachung.

I. usw.

II. Nach der Bekanntmachung des Reichskohlenverbandes vom 28. April 1920 (Deutscher Reichsanzeiger vom 29. April 1920) dürfen Zuschläge zu den vom Reichskohlenverband festgesetzten Brennstoffverkaufspreisen von den Endkäufern und vom Handel nur erhoben werden, wenn der Käufer vom Verkäufer Kreditgewährung oder sonstige besondere Leistungen in Anspruch nimmt.

Laut Beschluß des Reichskohlenverbandes vom 29. September 1920 sind diese Zuschläge für jede einzelne Leistung in den Rechnungen besonders anzugeben.

Berlin, am 29. September 1920.

Aktiengesellschaft Reichskohlenverband.  
Reil. Böfller.

### Kesselsdorf.

für Kleintrentner, Erwerbsloze und sonstige Minderbemittelte, 1 Zentner 8 Mark, wird Dienstag den 12. d. M. von 8 Uhr vormittags an am hiesigen Bahnhof ausgegeben. Bezahlung hat vorher im Gemeindeamt zu erfolgen.

Kesselsdorf, am 11. Oktober 1920.

### Stockholz

Der Gemeindevorstand.

## Kleine Anzeigen

haben im „Wilsdruffer Tageblatt“, das einen weitverbreiteten u. kaufkräftigen Leserkreis besitzt, große Wirkung.

### Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Das Reichsfinanzministerium beabsichtigt vorläufig keine Änderung im Steuerabzugsverfahren.
- In der Ausschussführung des Reichswirtschaftsrats gab Minister von Kaumer eine eingehende Erklärung der Regierung über ihre Stellung zur Sozialisierungsfrage ab.
- Aus London wird gemeldet, daß als Folge der Brüsseler Finanzkonferenz der Zusammentritt einer Handelskonferenz in London beabsichtigt ist, zu dem Zweck, Handelskredite an kontinentale Nationen zu konsolidieren.
- Nach einem Telegramm aus Sewastopol ist zwischen General Wrangel und den Führern der Don-, Kuban-, Terek- und Astrachan-Kosaken ein Bündnis abgeschlossen worden.
- In der russischen Roten Armee sind erneut Massenmorde an mißliebigen Offizieren vorgekommen.

### Ein Trugschluß?

Von sachverständiger Seite wird uns geschrieben: Mit der Sozialisierung des Bergbaues soll man endlich Ernst gemacht werden; insofern wenigstens, als das Reichswirtschaftsministerium vom Kabinett beauftragt worden ist, eine entsprechende Vorlage sofort auf Grundlage der Ergebnisse der Sozialisierungskommission auszuarbeiten und zur Vorlegung an den Reichstag reif zu machen. Am Freitag hat sich der wirtschaftspolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates mit diesem wichtigen Gegenstand befaßt, und es hat sich dabei herausgestellt, daß eine Einigung unter den maßgebenden Faktoren unseres Wirtschaftslebens als unmöglich gelten muß. Beide Teile, Unternehmer wie Arbeitnehmer, stimmen darin überein, daß die gegenwärtigen Arbeits- und Lebensverhältnisse in den Kohlenrevieren außerordentlich viel zu wünschen übrig lassen. Aber ob eine Änderung von Grund auf notwendig ist und ob sie, wenn es gelinzt, passende Formen für sie zu finden, die erhoffte gute Wirkung zeitigen würde, das ist und bleibt eine durchaus strittige Frage.

Genau, es ist richtig, daß den Bergarbeitern in höherem Grade vielleicht noch als anderen Handarbeitern die Freude an der Arbeit verlorengegangen ist. Man hat sie, weil diese an sich sehr betrübliche Erscheinung in ihrem Falle durch die Verhältnisse nur zu begründet erschien, auch in erster Reihe bei allen Hilfsmaßnahmen unterstützt. Hat die ihnen ausstehenden Lebensmittel nach Menge und Beschaffenheit verbessert, hat ihnen Kleidung, Schuhwerk usw. geliefert oder befristet, mit allen Kräften auf Hebung des Wohnungsstandes Bedacht genommen, mit dem erfreulichen Erfolg, daß die Bergarbeiter, im allgemeinen ohne jeden Unterschied ihrer politischen Richtung, auch wirklich das Menschenmögliche getan haben, um die Erfüllung des Kohlenabkommens von Spa zu gewährleisten. Erst im Monat September ist im Ruhrgebiet die Kohlenförderung von 2 1/4 Millionen Tonnen auf 2 1/2 Millionen Tonnen gestiegen. Man sieht also, daß die Dinge im Augenblick wenigstens nicht so verzweifelt stehen, wie vielfach angenommen wird. Aber der Ruf nach Sozialisierung hat nun einmal die Bedeutung eines Schlagwortes angenommen, dem man sich nicht mehr entziehen zu können glaubt. Man hofft, die Seele des Arbeiters auf diese Weise wieder in höherem Grade für die Arbeit zu gewinnen. Es soll ihm klargemacht werden, daß er nicht mehr für private Profitinteressen seine Kraft, unter Umständen sogar auch Leben und Gesundheit, herausgeben braucht, sondern daß der Nutzen seiner Arbeit ausschließlich der Allgemeinheit zugute kommen soll. Sehr schön, ohne Zweifel. Aber läßt sich gegen diesen Glauben nicht doch auch mancherlei einwenden? Zum Beispiel, daß wir ja in der Post, in der Eisenbahn schon längst sozialisierte Betriebe haben, und daß dort die Arbeitslust trotzdem genau ebenso hoch hervorgerufen ist wie in den nichtsozialisierten Betrieben? Daß auch die Reichswerke von den gleichen Abien Erscheinungen heimgesucht wurden und schließlich nur durch Vererbung sehr energischer und ganz besonders tüchtiger Persönlichkeiten aus der Privatindustrie wieder einigermaßen ergebnis gemacht werden konnte? Muß nicht immer

und immer wieder an die entsetzlichen Fehlbedeute erinnert werden, mit denen andere sozialisierte Betriebsanstalten jetzt die allgemeine Wirtschaft belasten, während sie früher, als die Arbeiter und Beamten noch eine weniger verantwortliche Rolle in den Betrieben spielten, die besten Einnahmequellen für die Staats- und Reichsfinanzen bildeten? Und selbst wenn die Sozialisierung auf das Seelenleben der Arbeiter einen so erfreulichen und belebenden Eindruck hervorrufen würde, wie man es erwartet, würde sie nicht zu gleicher Zeit die Bureaucratisierung der Betriebe, die Dämpfung der geschäftlichen, der technischen, der betriebswirtschaftlichen Förderung so sehr ins Allgemeine steigern, daß auch die vermehrte Arbeitsfreudigkeit gar keinen Nutzen mehr stiften könnte? Hat die Zwangswirtschaft im Kriege nicht genügend erschreckende Spuren hinterlassen? Und will man die Erfahrungen in Rußland ganz in den Wind schlagen, wo die Volkswirtschaft selber von ihrem Räteystem und ihren Verhältnissen sehr bald wieder zurückgefallen ist, um in der Unterwelt zu der durch Arbeitszwang erleichterten Privat- und Profitwirtschaft ihr Heil zu suchen? Ist es nicht ein gefährlicher Trugschluß zu glauben, die Einführung eines bloßen Schlagwortes könnte Wunder wirken, wo doch in Wirklichkeit tausende hemmende Erscheinungen fortbestehen, oder höchstens ihre äußere Erscheinungsform abändern werden?

Das Übergewicht des Einflusses der Handarbeiter auf den Produktions- und Verteilungsprozess muß notwendig ein Erlahmen der ganzen geschäftlichen Initiative des Unternehmers und seiner leitenden Hilfskräfte zur Folge haben. Der Schaden, der dadurch entsteht, kann auch mit dem besten Willen nicht wieder gutgemacht werden, zumal es ja niemals an Leuten fehlen wird, die die Schuld für den Untergang der Wirtschaft, für die unaussprechlichen Enttäuschungen auf der Arbeiterseite immer wieder den politischen Gegnern aufbürden, statt sie in den menschlichen Mangelkommenheiten zu suchen, die kein Wirtschaftssystem auf der Welt, und sei es auch noch so fein am Schraubstock und in der Studierstube erklährt, zu überwinden vermag. Was Rußland betrifft, so stimmen nachgerade alle Zeugnisse darin überein, daß an dem Zustand jener Wirtschaft so gut wie gar nichts mehr zu verberben ist. Kann man es da den führenden Männern unserer Industrie verdenken, daß sie ein Grauen befaßt bei dem Gedanken, daß unsere hochentwickelte Industrie den gleichen Weg geführt werden soll?

In wenigen Wochen werden wir mitten im Kampf um die Sozialisierung der Bergwerke stehen. Er muß durchgedacht werden, daß es selbstverständlich, aber alle, die sich daran beteiligen, würden gut daran tun, sich vor Trugschlüssen zu hüten, die auf Abwege leiten. Wir sind alle darin einig, daß gerade im Bergbau neben den Interessen der Produktion die Rücksicht auf die Arbeiterschaft an erster Stelle zu stehen hat. An dieser würden sich aber auch Fehlgriffe, die begangen werden, am juristischsten rächen.

### Regierung und Bergbauozialisierung.

Eine der Wichtigkeit des Themas entsprechende Auseinandersetzung über die Sozialisierung des Kohlenbergbaues entwickelte sich im wirtschaftspolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrates in Berlin. Auf Anregung aus der Versammlung entwickelte Reichsfinanzminister von Kaumer eine Art Programm der Regierung zu der vorliegenden Frage, indem er gleichzeitig den Sinn der Stellungnahme der an der jetzigen Koalitionsregierung beteiligten Deutschen Volkspartei darzulegen suchte, welcher der Minister selbst angehört. Er sagte u. a.:

Die Regierung hat ihre Stellungnahme gegenüber dem Sozialisierungsproblem festgelegt in einer Erklärung, die der Reichsarbeitsminister in der Reichstagskammer vom 6. August abgegeben hat. Diese Erklärung ist feinergeteilt gestellt, daß die Kohlenwirtschaft nach gemeinschaftlichen Gesichtspunkten zu ordnen ist, unter gleichzeitiger Organisation der Bergarbeiter und Angestellten zu mitverantwortlichen Trägern dieser Wirtschaft. Ich bin nun ermächtigt zu erklären, daß die Reichsregierung

dennoch auf dem Boden dieses Beschlusses steht. Sie hat den Reichswirtschaftsminister beauftragt, unersätlich die Weiterverfolgung dieser Angelegenheit zu betreiben, sobald der Bericht der Sozialisierungskommission vorliegt. Art und Form der Sozialisierung werden sich aus der Notwendigkeit ergeben, die deutsche Kohlenwirtschaft in der Richtung größter Produktionssteigerung und Wirtschaftlichkeit zu entwickeln. Mit der Hervorhebung dieses Gesichtspunktes befaßt sich die Reichsregierung ebenso in völliger Übereinstimmung mit dem Beschluß des Reichswirtschaftsrates vom 24. Juli. Der Kabinettsbeschluss bedeutet selbstverständlich nicht eine Identifizierung mit den Beschlüssen der Sozialisierungskommission. Das ist selbstverständlich logisch ausgeschlossen, weil zwei divergierende Vorschläge vorliegen. Was die Regierung bringen wird, wird eine durchaus selbständige Vorlage sein. Nun ist versucht worden, auf Grund der Weimarer Leitlinie der Deutschen Volkspartei einen Gegenstand zwischen den Ministern aus meiner Partei und dem Gesamtkabinett zu konstruieren. Die Leitlinie sagen, richtig ausgelegt: 1. Die Fraktion steht auf dem Boden der Regierungserklärung vom 6. August. 2. Es darf nur sozialisiert werden, wenn die Sozialisierung wirtschaftsfördernd wirkt. 3. Die Fraktion ist bereit, jede produktionsfördernde Maßnahme zu unterstützen. Sie wird mit positiven Vorschlägen hervortreten, sobald die Vorlage der Regierung vorliegt. Diese Leitlinie bringen die aus meiner Partei hervorgegangenen Minister nach unserer Überzeugung in keinerlei Gegensatz zu dem Kabinettsbeschluss.

In der folgenden Auseinandersetzung betont Reichstagsabgeordneter Stinnes, die Frage der Kohlensozialisierung könne nicht für sich allein gelöst werden. Soll sie richtig gelöst werden, so bedeutet das einen völligen Umbau unserer Gesamtwirtschaft. Nur in einem kleinen Ausmaß kann private Arbeit geleistet werden. Walter Rathenau meint, der Minister scheine Sozialisierung und Ökonomisierung gleichzusetzen. Eine Volksozialisierung im heutigen Augenblicke erscheint ungeeignet. Sie würde zur Ausschaltung jeder Initiative führen, zur Fikalisierung der Betriebe. Nach unserem Vorschläge wollen wir verhältnismäßig viel von dem Bestehenden erhalten und wenig Gelegenheit für Experimente bieten. Der wesentliche Grundgedanke unserer Vorschläge ist nichts weiter als die Tatsache der Loslösung der Wirtschaft vom Verkaufspreise. Es trägt zur Vermehrung und Verbilligung der Kohlenproduktion nicht so sehr bei wie der gute Wille der Arbeiterschaft und die Empfindung, daß man gemeinschaftlich mit ihnen neue Formen zu schaffen sucht. Nur ein neues Gleichgewicht kann unsere produktiven Kräfte retten. Reichsfinanzminister v. Kaumer erklärt, es sei ein Mißverständnis, wenn man glaube, daß die Regierung die Frage der Sozialisierung lediglich vom Gesichtspunkte der Ökonomisierung erlasse.

Reichstagsabgeordneter Wiffel weist darauf hin, daß auch der Betriebsrätekonferenz eingesehen habe, daß man die Initiative und das Wissen der Unternehmer nicht entbehren könne. Auch in einer sozialisierten Wirtschaft könne man den Unternehmer an dem Geldner lassen. Reichstagsabgeordneter Stinnes hält es für angebracht, auch im Namen der Unternehmer ein Wort zu sagen. Wir stehen alle vor der Notwendigkeit eines Umbaus unserer Volkswirtschaft. Zur Kohlensozialisierung können wir nicht eher kommen, als wir wissen, wie wir den finanziellen Zusammenbruch vermeiden können. Wir müssen die Fragen vom objektiven Standpunkt aus ansehen, um unsere Wirtschaft wieder ergebnisfähig zu machen. Ich wünsche eine Verständigung; ich werde mich für sie einsetzen. Man darf aber auch von den Unternehmern nicht erwarten, daß sie gegen ihre Überzeugung etwas mitmachen, was nach ihrer Ansicht zum Ruin der Wirtschaft führt. Deshalb wollen wir in einer nicht zu großen Kommission an die Arbeit gehen. Lassen Sie dann auch die Regierung ihrerseits an die Arbeit gehen und Gelegenheiten vorbereiten, die sich nicht beziehen können auf die Sozialisierung des Kohlenbergbaues allein, sondern auf den Umbau der gesamten Wirtschaft.

### Politische Rundschau.

#### Deutsches Reich.

+ Der Entwurf eines Gesetzes gegen die Kapitalflucht, der dem Reichstage vorgelegen ist, verdonnert das